

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 24.11.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

stell. Vorsitz

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU

Frau Sandra Kathrin Wiemers CDU

Frau Kimberly Lynn Bauer SPD

Ratsmitglied

Frau Hannah Hammer SPD

Ratsmitglieder

Frau Sandra Kollender SPD Vertreterin für Herrn Wannhof

Frau Henrike Lindenberg SPD

Frau Dorothea Spielmann-Locks BÜRGERAKTION

Herr Tristan Zeitter CDU Vertreter für Herrn Schumann

Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger/innen

Frau Heike Richarz Allianz für Hilden Vertreterin für Herrn Behner

Herr Jan Volkenstein Bündnis 90/Die Grünen

Herr Luca Gerbl FDP

Frau Prof. Dr. Barbara Haupt AfD

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Lara Desiré Müller Stadt Hilden

Herr Peter Palitza Stadt Hilden

Herr Torsten Rekindt Stadt Hilden

Herr Uwe Schielke Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|---|----------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden | WP 14-20 SV 68/061/1 |
| 3 | Haushalt | |
| 3.1 | Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.10.2022 "Ausbau Grün-blaue Infrastruktur" | WP 20-25 SV 66/063 |
| 3.2 | Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen; Einbau Smart Meter und weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung | WP 20-25 SV 26/028 |
| 3.3 | Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Bestandsgebäuden (wird nachgereicht) | WP 20-25 SV 26/029 |
| 3.4 | Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion ALLIANZ; Förderung von privaten Anpflanzungen von Bäumen , Sträuchern und Hecken | WP 20-25 SV 60/030 |
| 3.5 | Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;"Sanierung des Holterhöfchens aus HH 2023 streichen" | WP 20-25 SV 66/064 |
| 3.6 | Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bürgeraktion vom 11.11.2022: "Hochwasserschutz-Programm" | WP 20-25 SV 66/065 |
| 4 | Aufstellung eines Wiederaufbauplanes aufgrund der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 zum Förderprogramm "Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen" | WP 20-25 SV 60/026 |
| 5 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Oktober 2022 | WP 20-25 SV 26/030 |
| 6 | Erfahrungsbericht zur Erstellung einer Treibhausgas (THG)-Bilanz der Stadt Hilden | WP 20-25 SV IV/021 |
| 7 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2022: Klimaneutralität bis 2035 | WP 20-25 SV IV/018/2 |
| 8 | Antrag der SPD vom 02.11.2022: Klimaneutralitätsstrategie | WP 20-25 SV IV/022 |
| 9 | Richtlinie der Stadt Hilden zur Innovationsförderung von Wallbox-Photovoltaik-Kombination (bei Bestandsbauten) im Rahmen der Billigkeitsrichtlinie für kommunale Klimaschutzinvestitionen | WP 20-25 SV IV/020 |
| 10 | Sachstandsbericht zum Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz | WP 20-25 SV 66/052 |

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 11 | Antrag der CDU-Fraktion vom 11.05.2022: Prüfauftrag zur Anbindung des Zeißwegs an die Walter- Wiederhold-Schule | WP 20-25 SV 66/049 |
| 12 | Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2022 Pfandsammelbehäl- nisse im Stadtgebiet von Hilden | WP 20-25 SV 68/024 |
| 13 | Abfallwirtschaftliche Daten der Stadt Hilden aus dem Jahr 2021 | WP 20-25 SV 68/023 |
| 14 | RW-Kanalsanierung Richrather Str. (zwischen Hagelkreuz und Bahnunterführung): Unterlagen nach §13 KomHVO | WP 20-25 SV 66/050 |
| 15 | RW-Behandlungsanlage Hochdahler Straße / Bürenbach: Unterla- gen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV 66/053 |
| 16 | Modernisierung Fenster Bürgerhaus - Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV 26/031 |
| 17 | Dacherneuerung Lortzingstr. 1 - Unterlagen nach § 13 KomHVO | WP 20-25 SV 26/032 |
| 18 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 19 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 2 wurde von der Tagesordnung genommen, da die Antragsteller ihren Antrag zunächst zurückgezogen haben.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 Antrag gemäß § 24 GO: WP 14-20 SV 68/061/1 Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden

zurückgezogen

3.1 Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
vom 25.10.2022 "Ausbau Grün-blaue Infrastruktur"

WP 20-25 SV 66/063

Frau Kehmeier stellte den Antrag für Bündnis 90 / Die Grünen vor und erläuterte, dass für diese wichtige Aufgabe Geld eingestellt werden müsse, damit für erforderliche, aber heute noch nicht absehbare Maßnahmen Budget im Haushalt vorhanden ist. Die konkreten Maßnahmen sollten dann im UKS vorberaten werden.

Für die BA wies Frau Spielmann-Locks ebenfalls auf die Wichtigkeit der Aufgabe hin und forderte, die Finanzierung bereitzustellen.

Die anderen Fraktionen wiesen auf die angespannte Haushaltslage sowie die Stellungnahme der Verwaltung hin, nach der zusätzlich pauschal bereitgestellte Mittel vor dem Hintergrund der laufenden Projekte und bestehenden personellen Ressourcen nicht hilfreich seien, die bestehenden innovativen Ansätze weiter auszubauen.

Antragstext

Für Maßnahmen zugunsten der grün-blauen Infrastruktur in der Stadt werden zusätzlich 200.000 € zur Verfügung gestellt.

Darunter fallen u.a. Baumpflanzungen an Straßen, in Parks, etc., Dach- und Fassadenbegrünungen auf/an städtischen Gebäuden, Anlegung bienenfreundlicher Wiesen, Maßnahmen für mehr Wasser in der Stadt (Brunnen, offene Wasserflächen, etc.), Förderprogramme und Beratungsangebote für Bürger*innen und Betriebe.

Die Finanzmittel für die einzelnen Maßnahmen sollen im Jahr 2023 nach Vorberatung im jeweiligen Fachausschuss bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Grüne, BA
Nein: 11 CDU, SPD, FDP, AfD
Enth.: 0

Mehrheitlich abgelehnt

3.2 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen; Einbau Smart
Meter und weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung

WP 20-25 SV 26/028

Frau Kehmeier stellte für Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag vor und führte aus, dass die Smart Meter bei den Stadtwerken vorhanden seien und eingebaut werden könnten

Für die CDU verwies Herr Kimmel darauf, dass Smart Meter zwar sinnvoll seien, dies gelte jedoch nicht pauschal an allen Liegenschaften. Er bat darum, dass seitens der Verwaltung geprüft werde, wo dies in Abhängigkeit der Energieverbräuche der Liegenschaften sinnvoll sei.

Frau Dr. Haupt widersprach dem Antrag und stellte in Frage, ob eine solche Entscheidung in der Kompetenz der Politik liege.

Herr Stuhlträger erläuterte die Stellungnahme der Verwaltung und verwies darauf, dass ein funktionierendes Energiemanagementsystem Voraussetzung sei, um die ermittelten Daten sinnvoll auszuwerten und einen „Datenfriedhof“ zu vermeiden.

Frau Spielmann-Locks unterstützte den Antrag und unterstrich, dass Maßnahmen zum Klimaschutz schneller umgesetzt werden müssten.

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt in städtischen Gebäuden und Liegenschaften sowie von Beteiligungsgesellschaften:

1. im Jahr 2023 alle vorhandene analogen und digitalen Energiemessgeräte gegen Smart Meter auszutauschen und eine Abfrage- / Auswertungssoftware anzuschaffen.
2. bis Ende 2024 smarte Zwischenzähler in Gebäudeteilen (Hallen, Außenbeleuchtung, Container, ...) einzubauen und ebenfalls mit der Auswertungssoftware zu koppeln.
3. ebenfalls bis Ende 2024 an allen Fenstern, die geöffnet werden können, Sensoren zu installieren, die mit der Raumsteuerung der Heizung gekoppelt sind.
4. Wo dies technisch nicht möglich ist, sollen übergangsweise Heizthermostate mit Temperatursturzenerkennung eingebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|--------|----|--------------------|
| Ja: | 4 | Grüne, BA |
| Nein: | 11 | CDU, SPD, FDP, AfD |
| Enth.: | 0 | |

Mehrheitlich abgelehnt

3.3 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Bestandsgebäuden (wird nachgereicht) WP 20-25 SV 26/029

Frau Kehmeier erläuterte für Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag und schlug unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung und der geführten Diskussion im Ausschuss final den geänderten Antragstext vor.

Herr Kimmel (CDU), Herr Garbe (FDP) und Frau Bauer (SPD) befürworteten den geänderten Beschlussvorschlag ausdrücklich und wiesen auf die Wichtigkeit des Themas hin.

Geänderter Antragstext:

Um den Ausbau von PV-Anlagen auf Bestandsdächern zu beschleunigen wird die Verwaltung beauftragt, die Erstellung und den Betrieb der PV-Anlagen durch die NEH GmbH vornehmen zu lassen. Dabei ist auch die Wirtschaftlichkeit eines Pachtvertrages mit der NEH GmbH zu prüfen. Der UKS wird in der 2. UKS-Sitzung 2023 über die konkreten Ausbaupläne informiert. Mit der Erstellung der ersten Anlagen wird möglichst in 2023 begonnen.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|--------|----|--------------------------|
| Ja: | 14 | Grüne, CDU, SPD, FDP, BA |
| Nein: | 0 | |
| Enth.: | 1 | AfD |

Geänderter Antragstext einstimmig beschlossen

3.4 Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion ALLIANZ; Förderung von privaten Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Hecken WP 20-25 SV 60/030

Frau Kehmeier begrüßte für Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag und weist auf die mögliche Verbesserung des Mikroklimas hin.

Die weiteren Fraktionen halten die Idee der Förderung privater Anpflanzungen grundsätzlich für gut. Es wurde jedoch vermutet, dass der Aufwand letztendlich größer als der Effekt ist, weil die Anpflanzung häufig eher am Pflgeaufwand als am Geld scheitert.

Antragstext:

Die Fraktion Allianz für Hilden beantragt, dass die Stadt Hilden ein Konzept zur Förderung von privaten Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Hecken aufstellt. Für dieses Förderprogramm sollen 15.000 € für das Haushaltsjahr 2023 bereitgestellt werden. Die konkrete Ausarbeitung des Förderprogramms soll durch die Verwaltung erfolgen. Die Förderung kann von allen Eigentümern privater Grundstücke, auch juristische Personen, im Stadtgebiet von Hilden in Anspruch genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3 Grüne
Nein: 12 CDU, SPD, FDP, BA, AfD
Enth.: 0

Mehrheitlich abgelehnt

3.5 Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;"Sanierung des Holterhöfchens aus HH 2023 streichen"

WP 20-25 SV 66/064

Frau Kehmeier begründet für Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag und weist darauf hin, dass das Holterhöfchen bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Mikroklimas leiste, so dass andere Maßnahmen zur Schaffung neuer Flächen höher priorisiert werden sollten. Darüber hinaus erkundigte sich Frau Kehmeier, inwieweit die Förderung der Maßnahme sicher sei.

Herr Stuhlträger erläuterte für die Verwaltung, dass das Holterhöfchen gemeinsam mit dem Hauptfriedhof eine wichtige Funktion zur Kühlung der Innenstadt wahrnehme. Diese Funktion muss dauerhaft gesichert bleiben, deshalb müsse die Sanierung des Holterhöfchens durchgeführt werden. Konstruktionsbedingt können die Teichanlagen derzeit nur mit hohem Aufwand betrieben werden. Auch deshalb sei hier eine Erneuerung notwendig. Da der Förderantrag zwar gestellt aber noch nicht beschieden sei, ist die Förderung der Maßnahme noch nicht gesichert.

Die anderen Fraktionen sprachen sich für die Durchführung der Maßnahme aus. Nach kurzer Diskussion hinsichtlich der Wichtigkeit der Grünanlage für den Campus sowie der sicherheitstechnischen Aspekte wurde der Antrag seitens der Antragstellerin zurückgezogen.

3.6 Antrag zum Haushalt 2023 der Fraktion Bürgeraktion vom 11.11.2022: "Hochwasserschutz-Programm"

WP 20-25 SV 66/065

Frau Spielmann-Locks erläuterte für die Bürgeraktion den Antrag und drängte darauf, mit den Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu starten.

Herr Schneider bat für die CDU darum, dass zunächst der Maßnahmenkatalog fertiggestellt werden solle. Wenn dann bereits im laufenden Geschäft Maßnahmen umgesetzt werden sollen, können hierfür unterjährig überplanmäßige Mittel bereit gestellt werden. Dieser Argumentation schloss sich auch Frau Bauer für die SPD an.

Frau Kehmeier wies darauf hin, dass Bündnis 90 / Die Grünen dem Antrag zustimmen werden, um somit eine Anschubfinanzierung für Schutzmaßnahmen zu ermöglichen.

Die AfD wies darauf hin, dass die Finanzierung der Maßnahmen nicht gesichert sei.

Herr Stuhlträger erläuterte für die Verwaltung, dass der Sachstandsbericht zum Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz im TOP 10 vorgelegt wird und ebenfalls im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen zur Beratung steht.

Nach kurzer weiterer Diskussion wurde der Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90 / Die Grünen und BA abgelehnt.

Antragstext:

Die Stadt Hilden legt ein Hochwasserschutz-Programm auf, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2035 80 Prozent der in der Starkregenkarte festgestellten Überflutungs-Risiken im öffentlichen Siedlungsbereich der Stadt durch auf klimatische Veränderungen zurückzuführende Starkregenereignisse abzubauen. Zum An-schub des Programms und zur Finanzierung erster Planungskosten sind finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 4 Grüne, BA
Nein: 11 CDU, SPD, FDP, AfD
Enth.: 0

Mehrheitlich abgelehnt

| | | |
|---|---|--------------------|
| 4 | Aufstellung eines Wiederaufbauplanes aufgrund der Hochwasser-katastrophe im Juli 2021 zum Förderprogramm "Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen" | WP 20-25 SV 60/026 |
|---|---|--------------------|

Die Sitzungsvorlage wurde von Herrn Stuhlträger vorgestellt. Es gab keine Wortmeldungen. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligung empfiehlt:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt den beiliegenden Wiederaufbauplan.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

| | | |
|---|---|--------------------|
| 5 | Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz, Stand Oktober 2022 | WP 20-25 SV 26/030 |
|---|---|--------------------|

Es gab keine Wortmeldungen. Der Sachstandsbericht wurde durch den Ausschuss zur Kenntnis ge-nommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertes Beschlüsse sowie Beschlüsse zu Anregungen gemäß § 24 GO seines Ausschusses zur Kennt-nis.

| | | |
|---|---|--------------------|
| 6 | Erfahrungsbericht zur Erstellung einer Treibhausgas (THG)-Bilanz der Stadt Hilden | WP 20-25 SV IV/021 |
|---|---|--------------------|

Der Ausschuss nahm die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis. Auf Nachfrage von Herrn Volkenstein für Bündnis 90 / Die Grünen erläuterte Herr Stuhlträger, dass die Koordinierung der Datenerhebung durch die Klimamanagerin erfolge, die Datenerhebung selber jedoch eine Teamleistung der erhebenden Stellen sei.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt den Sachstandsbericht der Stadtverwaltung zur Erstellung der Treibhausgasbilanz (THG-Bilanz) der Stadt Hilden zur Kenntnis.

7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2022:
Klimaneutralität bis 2035

WP 20-25 SV IV/018/2

Frau Kehmeier (Bündnis 90 / Die Grünen) und Frau Wiemers (CDU) stellten den gemeinsamen Antrag vor und erläuterten die Wichtigkeit, die Klimaneutralität der Stadt Hilden möglichst bis 2035 zu erreichen. Frau Bauer (SPD) bedankte sich für die gute Vorarbeit und schlug vor, den Antragstext um einen Absatz zur Klimaneutralitätsstrategie zu ergänzen.

Frau Spielmann-Locks (BA), begrüßte den Antrag ebenfalls und schlug eine Änderung vor, damit zukünftig auch bei Reduktion der Anforderungen von Land oder Bund immer das herausfordernde Ziel zu erreichen ist.

Auf Hinweis von Herrn Stuhlträger bestand Einigkeit im politischen Gremium, dass mit dem in der Einleitung des Antrags erwähnten Begriff „Klimaneutralität“ eine Neutralität in der Bilanz der Treibhausgase zu verstehen ist.

Nach kurzer Diskussion wurde der geänderte Antragstext einstimmig beschlossen.

Geänderter Antragstext aus der Sitzung des UKS am 24.11.2022:

Der Rat der Stadt Hilden bekennt sich ausdrücklich zum Klimaschutz. Er strebt deshalb an, die Klimaschutzziele der Bundesregierung für 2045 bis zum Jahr 2035 zu erreichen.

1) Um dieses Ziel zu erreichen, wird zunächst gesamtstädtisch der Ist-Zustand hinsichtlich der Treibhausgas-Emissionen ermittelt und dazu - wie in Düsseldorf- eine Klimabilanz erstellt.

2) Im jährlichen Bericht zu den Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sind die je Maßnahme voraussichtlich zu erzielenden Reduktionen der Treibhausgasemissionen darzustellen.

3) Der Jahresenergieverbrauch der einzelnen Liegenschaften der Stadt Hilden ist zu ermitteln und auf Grundlage von Kennwertvergleichen zu bewerten. Darauf aufbauend ist ein Vorschlag dem Rat vorzulegen, welche Liegenschaften hinsichtlich der Optimierung des Energieverbrauchs untersucht werden sollen. Eine Prioritätenliste zur Sanierung dieser Liegenschaften ist zu erstellen.

4) Parallel dazu wird ein Plan entwickelt, nach dem alle geeigneten Dächer der Stadt bis zum Jahr 2030 mit Solaranlagen ausgestattet werden.

5) Im Laufe des Jahres 2023 werden seitens der Stadt für Bürger*innen, Gewerbetreibende und Unternehmen öffentlichkeitswirksame Informationsangebote und die Vermittlung von Beratungsangeboten im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung bereitgestellt.

6) Bei der Anschaffung von Fahrzeugen und Arbeitsgeräten wird möglichst die klimafreundlichste Variante erworben.

7) Alle drei Jahre sind die erzielten Reduktionen der Treibhausgasemissionen zu ermitteln und diese zu präsentieren. Die angestrebten Ziele verstehen sich als Mindestanforderungen. Sollten Land und Bund weiterführende Vorgaben machen, gelten die damit verbundenen höheren Anforderungen.

8) Die Verwaltung stellt dar, welche Gelder im Jahr 2024 und in den Folgejahren für Klimaschutz und Klimaanpassung bereitgestellt werden müssen.

9) Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate eine Klimaschutz- und Klimaneutralitätsstrategie für Hilden zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Geänderter Antragstext einstimmig beschlossen

8 Antrag der SPD vom 02.11.2022: Klimaneutralitätsstrategie WP 20-25 SV IV/022

Da dieser Antrag in dem Antragstext zur Treibhausgasneutralität in TOP 7 berücksichtigt worden ist, zog die SPD den Antrag zurück.

9 Richtlinie der Stadt Hilden zur Innovationsförderung von Wallbox-Photovoltaik-Kombination (bei Bestandsbauten) im Rahmen der Billigkeitsrichtlinie für kommunale Klimaschutzinvestitionen WP 20-25 SV IV/020

Frau Müller stellte das vorgeschlagene Förderprogramm für die Verwaltung vor und stellte bei positivem Beschluss eine umgehende Förderantragsstellung in Aussicht. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt, dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die „Richtlinie zur Innovationsförderung von Wallbox-Photovoltaik-Kombination im Stadtgebiet von Hilden (bei Bestandsbauten)“.

Die Fördermaßnahme ist haushaltsneutral vollumfänglich aus Mitteln der sogenannten Billigkeitsrichtlinie zu bestreiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10 Sachstandsbericht zum Katalog für kurzfristige Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz WP 20-25 SV 66/052

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wurde nach kurzer Diskussion zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand der Planung kurzfristiger Maßnahmen zum Hochwasser- und Überflutungsschutz zur Kenntnis.

11 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.05.2022: Prüfauftrag zur Anbindung des Zeißwegs an die Walter-Wiederhold-Schule WP 20-25 SV 66/049

Der Antrag wurde durch Herrn Schneider (CU) aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt erklärt.

Die SPD bedankte sich bei der Verwaltung für die übersichtliche Darstellung der positiven und negativen Erfahrungen in der Sitzungsvorlage. Aufgrund der auch positiven Erfahrungen in anderen Städten plädierte die SPD für eine testweise Einführung in Hilden.

Während die FDP ebenfalls eine testweise Einführung befürwortete verwiesen CDU und BA auf die negativen Erfahrungen in anderen Städten. Ein Test in Hilden sei deshalb unnötig. Aufgrund des personellen und finanziellen Aufwands lehnte auch die AfD einen Test ab.

Herr Stuhlträger stellte dar, dass im Antrag eine großflächige Einführung im Bereich der Innenstadt und den Bahnhöfen vorgeschlagen werde, ein Test aber eine Beschränkung der Standorte erfordere. Aus Sicht der Verwaltung sollte bei einem Test vorzugsweise Standorte an der Gabelung oder am Fritz-Gressard-Platz ausgewählt werden.

Nach weiterer Diskussion zu Vor- und Nachteilen sowie möglichen Teststandorten wurde der unveränderte Antrag zwar mehrheitlich angenommen, die Antragstellerin stellte jedoch in Aussicht, zu den Folgeberatungen dieses Antrags eine Liste der zu testenden Standorte vorzulegen.

Antragstext:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Umwelt- und Klimaschutzausschuss die Stadtverwaltung damit zu beauftragen, im Stadtgebiet von Hilden Pfandsammelbehältnisse einzurichten.

Hierbei sollen die Pfandsammelbehältnisse zunächst an einigen Mülleimern im Innenstadtbereich, im Stadtpark, am Campus Holterhöfchen sowie an beiden Hildener Bahnhöfen installiert werden. Die Beschaffung erfolgt in mehreren Schritten aus dem jährlichen Budget des Bauhofs.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|--------|---|-----------------|
| Ja: | 8 | SPD, Grüne, FDP |
| Nein: | 7 | CDU, BA, AfD |
| Enth.: | 0 | |

Mehrheitlich beschlossen

Die Mitteilungsvorlage wurde ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nimmt Kenntnis von den abfallwirtschaftlichen Daten der Stadt Hilden aus dem Jahr 2021.

Frau Kehmeier (Bündnis 90 / Die Grünen) und Frau Spielmann-Locks (BA) stellten in Frage, ob die in der Sitzungsvorlage dargestellte Baumfällung wirklich notwendig sei.

Herr Schielke führte für die Verwaltung aus, dass die Baumfällung zur Sicherstellung der Barrierefreiheit im Bürgersteig erforderlich sei. Weiterhin erläuterte Herr Schielke auf Nachfrage, dass im Zuge der Arbeiten ein Leerrohr verlegt werde, so dass Straßen NRW als Straßenbaulastträger bei Bedarf eine Signalanlage nachrüsten kann.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die Sanierung des Regenwasserkanals in der Richrather Straße gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zur Sanierung des Regenwasserkanals in der Richrather Straße mit Gesamtkosten von 970.000,00 € und ermitteltem Kostenanteil für die Stadt Hilden in Höhe von 280.000,00 €.

Der AFB empfiehlt neben den durch Ermächtigungsübertragung gemäß § 11 der Haushaltssatzung aus dem Haushalt 2022 bereitstehenden Haushaltsmitteln von 190.000 € die Erhöhung des im Haushaltsplanentwurf 2023 vorgesehenen Ansatzes bei der Investitionsnummer IU66250061 von 75.000 € in 2023 auf 90.000 € in 2023.

Ansatz 2023: 90.000,00 €

Weiterhin sind im Haushalt 2023 im konsumtiven Bereich zum Bau der Straße folgende Ansätze aufzunehmen:

| | | |
|--------|--------------|--------------|
| 539100 | Ansatz 2023: | 690.000,00 € |
| 448100 | Ansatz 2023: | 741.000,00 € |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

15 RW-Behandlungsanlage Hochdahler Straße / Bürenbach: Unterlagen nach § 13 KomHVO

WP 20-25 SV 66/053

Der Beschlussantrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt den Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen Hochdahler Str. / Bürenbach gemäß der vorgelegten Planung.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen:

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen berät nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz gemäß § 5a Abs. 7 der Zuständigkeitsordnung die nach § 13 KomHVO vorgelegten Unterlagen zum Bau der Regenwasserbehandlungsanlagen Hochdahler Str. / Bürenbach mit ermittelten Gesamtkosten in Höhe 498.000 €.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt die Erhöhung des im Haushaltsplanentwurf 2023 vorgesehenen Ansatzes bei der Investitionsnummer IO66250060 von 300.000 € in 2023 auf 455.000 € in 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen.

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen.

Herr Rekindt stellte sich als neuer Amtsleiter für den Zentralen Bauhof vor und kündigte an, dass mit Beginn des Jahres 2023 die verlängerten Öffnungszeiten am Samstag für den Wertstoffhof gelten.

Frau Spielmann-Locks wies für die BA darauf hin, dass einige Wegweiser im Stadtwald in die falsche Richtung zeigten. Herr Stuhlträger entgegnete, dass die Wegweiser durch Verwaltungsmitarbeiter regelmäßig korrigiert werden. Trotzdem würden die Wegweiser direkt im Anschluss wieder verstellt.

Für die CDU legte Herr Kimmel eine Anfrage zur neu gepflanzten Kastanie auf dem Grundstück Heiligenstraße 13, 15 vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter